

Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung.

Von

LUDWIG MISES.

Das Problem der Wirtschaftsrechnung ist das Haupt- und Grundproblem des Sozialismus. Daß man es bis in die jüngste Zeit nicht einmal gesehen hat, ist auf zwei Umstände zurückzuführen. Für die Anhänger der objektiven Werttheorien lag hier überhaupt kein Problem. Wenn der Wert objektiv erkennbar und rechenbar ist, dann kann auch einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Wirtschaftsrechnung keine Schwierigkeit erwachsen. Hätte man freilich versucht, die Gestaltung einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung durchzudenken, dann hätten sich die Widersprüche der objektivistischen Wertlehren bald zeigen müssen, und man wäre wohl auch von dieser Seite her zur Erkenntnis gelangt, daß es mit der klassischen Wertlehre nicht gelingen kann, das Wertproblem befriedigend zu lösen. Doch die Beschäftigung mit den Problemen der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung war vom Marxismus mit einem strengen Verbot belegt worden, das jeder achten mußte, der sich nicht dem Verdachte der Unwissenschaftlichkeit aussetzen wollte. Man durfte den Sozialismus preisen, man durfte jedoch über ihn nicht nachdenken.

Jetzt aber ist das Problem einmal gestellt worden, und man kann ihm nicht länger behutsam ausweichen. Ich glaube den Nachweis erbracht zu haben, daß ein sozialistisches Gemeinwesen überhaupt nicht imstande wäre, in der Wirtschaft zu rechnen, so daß Wirtschaften, rationales Handeln, im Sozialismus nicht durchführbar wäre¹. Nun liegen einige Arbeiten vor, die zu einem andern Ergebnis gelangen wollen².

Das Buch von Arthur Wolfgang Cohn ist die Doktorarbeit eines hochbegabten und vielversprechenden jungen Gelehrten, den ein beklagenswerter Unfall vorzeitig weggerafft hat³. Cohn gibt zunächst eine Darstellung der literarischen Behandlung des Problems, wobei er die ihm am wichtigsten erscheinenden Stellen aus meinem oben erwähnten Aufsätze wortgetreu anführt. Im allgemeinen scheint er zunächst meinen Ausführungen zuzustimmen. Dann aber gelangt er unvermittelt zur Feststellung, daß das Problem, dessen Lösung ich als unmöglich bezeichnet habe, schon längst durch *Schäffles Sozialschuld* gelöst sei; es sei ein Fehler, daß ich den Gedanken der Sozialschuld gar nicht ins Auge gefaßt habe⁴. Schäffles Vorschlag ist leider ganz und gar unbrauchbar; er beruht auf Verkennung des Wesens unseres Problems. Schäffle will seine Steuern durch behördlichen Spruch festsetzen lassen. »Öffentliche Organe der Produktionsgewerkschaften und Vertreter der Konsumenten (etwa die Lagerbehörden, bei welchen die Bedarfe zum Übergang in den Konsum liegen), müßten zusammentreten. ... Ihnen wäre durch die Zentralstelle der Produktionsbuchhaltungen bekannt, den wievielten Teil der sozialen Arbeitszeit eine bestimmte Menge einer bestimmten

¹ »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« (in diesem Archiv, 47. Bd., S. 86-121) und »Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus«, Jena 1922 (bes. S. 100-110, 119-129, 199-210).

² Der kurze Aufsatz von Franz Meyer, »Die Krisis in der Theorie der Sozialisierung« (Sozialistische Monatshefte, 60. Bd., S. 150-154) begnügt sich damit, das Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung zu umschreiben, verzichtet jedoch darauf, seine Lösung zu versuchen.

³ Vgl. A. W. Cohn, »Kann das Geld abgeschafft werden?«, Jena 1920 (Verlag Gustav Fischer).

⁴ A. a. O. S. 128.

Güterart (zu bestimmter Zeit an bestimmte Orte geliefert) kostet. Bei einem den Vorrat übersteigenden Stand und hoher Dringlichkeit der Nachfrage müßte die Taxe höher als der durchschnittliche Arbeitskostensatz angesetzt werden, im umgekehrten Falle niedriger. Hiefür würden vielleicht aus der Erfahrung Skalen sich feststellen lassen, die eine fast mechanische, sichere, willkürfreie Taxeregulierung sichern würden⁵. Das ist das Verfahren, das Schäffle für »die Feststellung der Liquidationstaxen zwischen Arbeitsguthaben und Gesellschaftsvorräten im Sozialistenstaat« empfiehlt. Für diesen Zweck, aber auch nur für diesen, ist es nun zweifellos ebenso brauchbar wie jedes andere Verfahren, das man vorschlagen könnte. Ob man es gerade für »gerecht« ansehen will oder nicht, das ist eine andere Frage, die uns hier nicht weiter kümmert; nur das ist zu erörtern, ob man es überhaupt anwenden kann, und diese Frage kann bejaht werden. Denn, das sozialistische Gemeinwesen kann die Verteilung der Güter nach beliebigen Grundsätzen vornehmen; nur wenn es bei der Zuweisung der Anteile verschiedene Güter wechselseitig vertretbar machen will, ist es an die Austauschverhältnisse gebunden, die sich in dem allein zulässigen Tausch von Genußgütern gegen Genußgüter bilden⁶. Ganz anders aber steht es mit der Frage der Brauchbarkeit dieser Sozialtaxe für die Wirtschaftsrechnung; hier versagt sie vollkommen. Ihr gegenüber gilt all das, was ich in meinen obenerwähnten Arbeiten ausgeführt habe. Schäffles Grundirrtum liegt darin, daß er glaubt, es gebe ein »sozialistisches«, ein »direkt gesellschaftliches Wertmaß«, das »in einem aliquoten Teil der wirklich geleisteten Gesamtmasse gesellschaftlicher (sozialisierter) Arbeitszeit bzw. ihres Ertrages« bestehe⁷. »Kapitalistisch verwertete Arbeit« könne allerdings »nicht gesellschaftliches Wertmaß werden; denn sie läßt sich als Einheit nicht real darstellen, es kann daher auch kein aliquoter Teil von ihr Wertmaß werden. Bei kollektivistischer Produktion dagegen wäre gesellschaftliche Arbeit eine erfassbare Realität, ihre Verwendung als Wertmaß allein natürlich«⁸. Schäffles werttheoretische Anschauungen waren viel zu wenig durchdacht, als daß er die elementaren Mängel seiner Aufstellung hätte bemerken können. Gewisse Bedenken sind ihm später freilich selbst gekommen⁹. Grundsätzlich hat er an seinen Ideen aber trotzdem festgehalten¹⁰. Schäffle war weit entfernt davon, das Problem auch nur richtig zu erfassen; die Behauptung, er hätte es im Sinne der Durchführbarkeit sozialistischer Wertrechnung gelöst, ist ganz und gar unrichtig.

In einer »Sozialistische Rechnungslegung« überschriebenen Abhandlung versucht Karl Polányi¹¹ »die Frage der Rechnungslegung«, die, wie er meint, »allgemein als das Schlüsselproblem der sozialistischen Wirtschaft anerkannt wird«, in besonderer Weise zu lösen. Polányi gibt zunächst unumwunden zu, daß er die Lösung des Problems »in einer zentralen Verwaltungswirtschaft« für unmöglich erachte¹². Sein Lösungsversuch ist nur auf die Verhältnisse »einer funktionell organisierten sozialistischen Übergangswirtschaft« zugeschnitten. Mit diesem Namen bezeichnet er einen Gesellschaftstypus, der ungefähr dem Ideal der englischen Gildensozialisten entspricht; die Vorstellung, die er sich von den entscheidenden Punkten des Wesens und der Wirkungsmöglichkeiten seines Systems macht,

⁵ Vgl. Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers, III. Bd., Tübingen 1878, S. 354 f.

⁶ Vgl. meine Gemeinwirtschaft, a. a. O. S. 147.

⁷ Vgl. Schäffle, a. a. O. S. 474 (auch S. 332 ff.).

⁸ Vgl. Schäffle, a. a. O. S. 476 (in der zweiten, 1896 erschienenen Auflage, Bd. II, S. 306).

⁹ Vgl. Schäffle, Die Quintessenz des Sozialismus, 18. Auflage, Gotha 1919, S. 47 ff.; Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie, 2. Auflage, Tübingen 1885, S. 27 ff.

¹⁰ »Wie schon bemerkt, muß der Sozialismus seinen Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwert der Güter von Grund aus zu korrigieren verstehen. Das ist, dünkt uns, nicht unmöglich; wir lassen es hier dahingestellt.« (Schäffle, Quintessenz, a. a. O. S. 47).

¹¹ In diesem Archiv, 49. Bd., S. 377-420.

¹² S. 378 und S. 419.

sind leider nicht minder nebelhaft und verschwommen als die der Gildensozialisten. Als Eigentümer der Produktionsmittel »gilt« die politische Gemeinschaft; »ein direktes Verfügungsrecht ist jedoch mit diesem Eigentum nicht verbunden«. Dieses steht den Produktionsverbänden zu, die von den Arbeitern der einzelnen Produktionszweige durch Wahl gebildet werden. Die einzelnen Produktionsverbände schließen sich zum Kongreß der Produktionsverbände zusammen, der »die gesamte Produktion vertritt.« Diesem steht als zweiter »funktioneller Hauptverband der Gesellschaft« die »Kommune« nicht nur als politisches Organ, sondern auch »als eigentliche Trägerin der höheren Ziele des Gemeinwesens« gegenüber. Jedem der beiden funktionellen Hauptverbände steht »im eigenen Umkreis Legislative und Exekutive zu«. Die höchste Macht in der Gesellschaft verkörpern die Vereinbarungen dieser funktionellen Hauptverbände ¹³.

Der Fehler dieser Konstruktion liegt in der Unklarheit, mit der sie der Kernfrage: Sozialismus oder Syndikalismus? auszuweichen sucht. Ganz wie die Gildensozialisten spricht Polányi das Eigentum an den Produktionsmitteln ausdrücklich der Gesellschaft, der Kommune, zu; damit glaubt er wohl genug gesagt zu haben, um seiner Konstruktion den Vorwurf des Syndikalismus zu ersparen. Doch gleich mit dem nächsten Satze nimmt er das Gesagte wieder zurück. Eigentum ist Verfügungsrecht; wenn das Verfügungsrecht nicht der Kommune, sondern den Produktionsverbänden zusteht, so sind eben diese Eigentümer, und wir haben ein syndikalistisches Gemeinwesen vor uns. Hier kann es nur das eine oder das andere geben; zwischen Syndikalismus und Sozialismus gibt es keine Vermittlung und keine Versöhnung. Polányi sieht das nicht. Er meint: »Funktionelle Vertretungen (Verbände) ein und derselben Menschen können nie in einen unlösbaren Widerstreit miteinander geraten, – das ist die Grundidee jeder funktionellen Verfassungsform. Zur fallweisen Schlichtung von Gegensätzen werden entweder gemeinsame Ausschüsse von Kommune und Produktionsverband, oder eine Art oberster Verfassungsgerichtshof vorgesehen (koordinierende Organe), denen jedoch keine Legislative und nur eine beschränkte Exekutive zusteht (Rechtsprechung, Sicherheitsdienst usf.)« ¹⁴. Diese Grundidee der funktionellen Verfassungsform ist jedoch verfehlt. Wenn – und das ist die stillschweigende Voraussetzung der Polányischen und aller verwandter Konstruktionen – das politische Parlament durch die Wahl aller Genossen bei gleichem Stimmrecht jedes einzelnen gebildet werden soll, dann kann sehr wohl zwischen ihm und dem Parlament der Produktionsverbände, das aus einer ganz anders aufgebauten Wahlordnung hervorgeht, ein Widerstreit entstehen. Solche Gegensätze können dann weder durch gemeinsame Ausschüsse, noch durch Gerichtshöfe geschlichtet werden. Die Ausschüsse könnten nur dann den Streit austragen, wenn in ihnen der eine oder der andere Hauptverband das Übergewicht hätte; sind beide gleich stark vertreten, dann kann es auch im Ausschuß zu keiner Entscheidung kommen. Hat aber der eine der beiden Verbände bei der Bildung oder im Verfahren des Ausschusses das Übergewicht, dann liegt die letzte Entscheidung eben bei ihm. Ein Gerichtshof kann Fragen der politischen oder ökonomischen Praxis nicht bereinigen. Gerichte können immer nur auf Grund schon feststehender Normen, die sie auf den einzelnen Fall anzuwenden haben, ihre Sprüche fällen. Sollen sie Fragen der Zweckmäßigkeit behandeln, dann sind sie in Wahrheit nicht mehr Gerichte, sondern höchste politische Instanz, und dann gilt von ihnen all das, was über die Ausschüsse gesagt wurde.

Hat weder die Kommune noch der Kongreß der Produktionsverbände die letzte Entscheidung, dann ist das System überhaupt nicht lebensfähig. Ist die letzte Entscheidung bei der Kommune, dann haben wir es mit einer »zentralen Verwaltungswirtschaft« zu tun, für die

¹³ S. 404 f.

¹⁴ S. 404, Anm. 20.

auch Polányi die Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung zugesteht. Ist aber die letzte Entscheidung bei den Produktionsverbänden, dann haben wir ein syndikalistisches Gemeinwesen vor uns.

Die Unklarheit, in der sich Polányi über diesen grundlegenden Punkt befindet, läßt ihn eine Scheinlösung als brauchbare Lösung des Problems hinnehmen. Seine Verbände und Unterverbände stehen in einem wechselseitigen Tauschverkehr, sie empfangen und geben als ob sie Eigentümer wären; so bildet sich ein Markt und Marktpreise. Daß das mit dem Wesen des Sozialismus unvereinbar ist, merkt Polányi nicht, da er sich einmal über den unüberbrückbaren Gegensatz von Sozialismus und Syndikalismus hinweggesetzt hat.

Es wäre noch manches über andere Mängel zu sagen, die Polányis Konstruktion im einzelnen anhaften. Doch sie treten an Bedeutung hinter dem gerügten grundsätzlichen Mangel zurück und können nur geringes Interesse beanspruchen, da sie dem Gedankengang Polányis eigentümlich sind. Jener prinzipielle Fehler aber ist keine Besonderheit Polányis; er wird von allen gildensozialistischen Konstruktionen geteilt. Polányi hat das unzweifelhafte Verdienst, diese Konstruktion schärfer herausgearbeitet zu haben als die Mehrzahl der übrigen Schriftsteller; er hat damit ihre Schwächen klar dargelegt. Auch daß er die Unmöglichkeit der Wirtschaftsrechnung in der verkehrslosen zentralistischen Verwaltungswirtschaft einsieht, muß ihm unter den gegenwärtigen Verhältnissen hoch angerechnet werden.

Der dritte Beitrag zur Behandlung unseres Problems rührt von Eduard *Heimann* her¹⁵. Heimann ist Bekenner eines ethisch und religiös motivierten Sozialismus. Seine politische Gesinnung macht ihn aber durchaus nicht blind für das Problem der Wirtschaftsrechnung. Er folgt in seiner Behandlung den Ausführungen *Max Webers*. Max Weber hat das Problem als für den Sozialismus »durchaus zentral« erfaßt und in eingehender Auseinandersetzung, in der er die »Naturalrechnungs«-Schwärmereien *Otto Neuraths* zurückweist, gezeigt, daß ohne Geldgebrauch und Geldrechnung rationales Wirtschaften nicht möglich ist¹⁶. Heimann will nun zeigen, daß man auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung rechnen könnte.

Geht Polányi von einer Konstruktion aus, die dem englischen Gildensozialismus verwandt ist, so entwickelt Heimann seine Vorschläge im Anschlusse an die deutschen Planwirtschaftsideen. Charakteristischerweise ähneln seine Ausführungen denen Polányis dennoch in dem Punkte, auf den es allein ankommt; sie sind gerade dort bedauerlich unklar, wo das Verhältnis der einzelnen Produktionsgruppen, in die die planwirtschaftlich organisierte Gesellschaft zerfällt, zu dem Ganzen scharf zu umschreiben gewesen wäre. So gelangt er dazu, von einem sich marktmäßig vollziehenden Verkehr zu sprechen¹⁷, ohne zu beachten, daß die Planwirtschaft, voll und folgerichtig durchgeführt, verkehrslos ist, und daß das, was man dort etwa als Kauf und Verkauf benennen wollte, seinem Wesen nach ganz anders zu charakterisieren ist. Heimann verfällt in diesen Fehler dadurch, daß er das bezeichnende Merkmal der Planwirtschaft vor allem in der monopolistischen Zusammenfassung der einzelnen Produktionszweige erblickt, statt in der Abhängigkeit der Produktion vom einheitlichen Willen eines gesellschaftlichen Zentralorgans. Dieser Mißgriff ist um so erstaunlicher, als doch schon der Name »Planwirtschaft« und alle zugunsten der

¹⁵ *Heimann*, Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus, Berlin 1922 (Verlag Hans Robert Engelmann).

¹⁶ Vgl. *Max Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft (Grundriß der Sozialökonomik, III. Abteilung, Tübingen 1922), S. 45-59. - Dieser Teil des Weberschen Buches war, wie Weber auf Seite 58 bemerkt, bereits im Druck, als meine oben erwähnte Arbeit im Archiv für Sozialwissenschaft (47. Bd.) erschien.

¹⁷ Vgl. *Heimann*, a. a. O. S. 184 ff.

Idee ins Treffen geführten Argumente das Einheitliche der Wirtschaftsführung stark in den Vordergrund treten lassen. Freilich, Heimann durchschaut die Hohlheit des mit dem Schlagwort »Anarchie der Produktion« arbeitenden Arguments¹⁸. Doch darüber hätte er nie vergessen dürfen, daß gerade hier und nirgends sonst das liegt, was Sozialismus und Kapitalismus scharf scheidet.

Wie die Mehrzahl aller Schriftsteller, die sich mit der Planwirtschaft befaßt haben, bemerkt Heimann nicht, daß auch die streng durchgeführte Planwirtschaft nichts anderes ist als reiner Sozialismus und daß sie sich nur in Äußerlichkeiten vom straff zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen unterscheidet. Daß unter der einheitlichen Leitung der Zentralstelle eine Reihe von äußerlich selbständigen Departements mit der Verwaltung einzelner Produktionszweige betraut ist, ändert nichts an der Tatsache, daß die Zentralstelle allein die Führung innehat. Die Beziehungen zwischen den einzelnen Departements werden nicht auf dem Markte durch den Wettbewerb von Käufern und Verkäufern geregelt, sondern durch obrigkeitlichen Befehl. Daß für diese obrigkeitlichen Eingriffe jeder das Rechnen und Berechnen ermöglichende Maßstab fehlt, weil sich die Obrigkeit nicht an auf einem Markte gebildeten Austauschverhältnissen zu orientieren vermag, das ist das Problem. Wohl kann die Obrigkeit Substitutionsverhältnisse für die Rechnung zugrunde legen, die sie selbst bestimmt. Aber diese Bestimmung ist willkürlich, sie ist nicht auf den subjektiven Wertschätzungen der Individuen gegründet und auf die Produktivgüter durch das Zusammenwirken aller in der Produktion und im Verkehr Tätigen übertragen wie die Preise des Marktes. Sie kann mithin nicht die Grundlage einer rationellen Wirtschaftsrechnung bilden.

Heimann gelangt zu seiner Scheinlösung des Problems durch Anwendung der Kostentheorie. Die Wirtschaftsrechnung wird an den Kosten orientiert. Man errechnet die Preise auf Grundlage der »Erzeugungskosten, welche die der Verrechnungsstelle angeschlossenen Werke durchschnittlich aufgewendet haben, einschließlich ihres Arbeitslohnes«¹⁹. Das ist eine Lösung, mit der sich die Theorie vor zwei oder drei Menschenaltern zufriedengegeben hätte. Uns kann sie nicht genügen. Wenn man unter Kosten den Nutzentgang versteht, der bei anderweitiger Verwendung der Aufwendungen zu vermeiden gewesen wäre, erkennt man unschwer, daß Heimanns Ausführungen sich im Kreise bewegen. Anderweitige Verwendung ist im sozialistischen Gemeinwesen nur auf Befehl der Obrigkeit möglich; und das Problem, das uns beschäftigt, ist eben das, ob die Obrigkeit, um zu ihren Entschlüssen zu gelangen, rechnen könnte. Der Wettbewerb der Unternehmer, die in der auf dem Sondereigentum beruhenden Gesellschaftsordnung bestrebt sind, Güter und Dienste der rentabelsten Verwendung zuzuführen, ist in der Planwirtschaft wie in jeder denkbaren Gestalt der sozialistischen Gesellschaftsordnung durch das planmäßige Handeln der Obrigkeit ersetzt. Nur dieser Wettbewerb der Unternehmer, die sich sachliche Produktionsmittel und Arbeitskräfte gegenseitig zu entwinden suchen, bildet Preise. Wo »planmäßig«, d. h. von einer Zentralstelle, der alles untertan ist, gewirtschaftet werden soll, schwindet die Grundlage der Rentabilitätsrechnung; nur die Naturalrechnung der Produktivität bleibt übrig. Heimann meint: »Sobald auf dem Markte der Genußgüter ein wirklicher Wettbewerb herrscht, pflanzt sich der dadurch bestimmte Preisstand von dort ohne weiteres durch alle Erzeugungsstufen hindurch fort, wofern nur die Preisregel sinngemäß angewandt wird, und unabhängig von der Verfassung der Parteien auf den Märkten der Beschaffungsgüter«²⁰. Das würde jedoch nur dann der Fall sein, wenn wirklicher Wettbewerb bestünde. Heimann stellt sich die

¹⁸ Ebendort S. 174.

¹⁹ Ebendort S. 185.

²⁰ Ebendort S. 188f.

Gesellschaft als die Vereinigung einer Anzahl von »Monopolisten« vor, also von Departements des gemeinwirtschaftlichen Gesamtkörpers, denen je ein abgegrenztes Gebiet der Produktion zur ausschließlichen Besorgung zugewiesen ist. Wenn *diese* auf dem »Markte« der Beschaffungsgüter einkaufen, dann ist das kein Wettbewerb, weil ihnen durch die Obrigkeit von vorneherein das Gebiet, auf dem sie sich zu betätigen haben und das sie nicht verlassen dürfen, zugewiesen ist. Wettbewerb besteht nur dann, wenn jeder das produziert, was ihm die günstigste Rentabilität in Aussicht zu stellen scheint. Ich habe zu zeigen versucht, daß diesen Bedingungen nur das Sondereigentum an den Produktivgütern entspricht²¹.

Heimanns Darstellung des sozialistischen Gemeinwesens berücksichtigt nur die laufende Verarbeitung von Rohstoffen zu Genußgütern; so erweckt sie den Eindruck, als ob die einzelnen Abteilungen der Gemeinwirtschaft selbständig vorzugehen in der Lage wären. Weit wichtiger als dieser Teil der Produktion ist aber die Erneuerung des stehenden Kapitals und die Investierung des neugebildeten Kapitals; in den Entscheidungen, die darüber fallen, nicht in den Verfügungen über das umlaufende Kapital, die durch jene schon bis zu einem gewissen Grade vorgezeichnet sind, liegt der Kern des Wirtschaftens. Diese Entscheidungen aber, die auf Jahre und Jahrzehnte hinaus binden, kann man nicht von der augenblicklichen Gestaltung der Nachfrage nach Genußgütern abhängig machen; sie müssen immer an der Zukunft orientiert, d. h. »spekulativ« sein. Heimanns Schema, das Erweiterung oder Einschränkung der Produktion gewissermaßen mechanisch und automatisch aus der Gestaltung der Nachfrage nach den Genußgütern hervorgehen läßt, versagt hier vollkommen. Die Lösung des Wertproblems durch Zurückführung auf die Kosten ist eben nur für den theoretisch denkbaren, empirisch jedoch niemals und nirgends gegebenen »statischen Zustand« ausreichend. In der Statik fallen Preis und Kosten zusammen. In der Dynamik ist das bekanntlich nicht der Fall.

Heimanns Versuch, das Problem zu lösen, dessen Unlösbarkeit ich erwiesen zu haben glaube, ist m. E. mißglückt. Sein Buch bleibt dennoch eine schöne Leistung, vor allem darum, weil es die grundsätzliche Bedeutung des Problems der Wirtschaftsrechnung für den Sozialismus erkannt hat und weil es mit dazu beiträgt, die Erörterung der Fragen der gesellschaftlichen Organisation wieder auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Es behandelt neben unserem Problem noch eine Reihe anderer wichtiger Kapitel der nationalökonomischen Theorie in kritischer Auseinandersetzung mit Marx, Oppenheimer, Cassel und Schumpeter. Es ist dabei durch und durch ehrlich, begnügt sich nicht mit oberflächlichen Bemerkungen, sondern sucht der Schwierigkeiten der Dinge Herr zu werden.

Man wird sich mit ihm noch in vielen Punkten eingehender befassen müssen.

Auch die marxistischen Parteiliteraten können die Beschäftigung mit dem Problem der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen nicht mehr länger ablehnen.

Schon ein halbes Jahr nach dem Erscheinen meiner Abhandlung »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen« behandelten der Moskauer Nationalökonom Tschajanow, die Bolschewiken Strumilin, Bucharin, Varga und andere das Problem in einer Reihe von Aufsätzen in der »*Ekonomitscheskaja Shiznj*«, einem Amtsblatte der Sowjetregierung²². Das Ergebnis dieser Erörterung war kläglich. *Tschajanow* kam nicht über den mißglückten Versuch hinaus, Verhältnisziffern für die Aufstellung einer Naturalwirtschaftsrechnung

²¹ Vgl. meine Gemeinwirtschaft, a. a. O. S. 207 ff.

einzelner Produktionszweige willkürlich zu konstruieren. *Strumilin* verwarf den Lösungsvorschlag Tschajanows und versuchte es mit einem System der Konstituierung des Arbeitswerts. Seine Ausführungen über die Beziehungen des Arbeitswertes zur Nützlichkeit werden in dem uns vorliegenden Auszuge nur kurz erwähnt. *Varga* befaßt sich nur mit der Arbeitszeitrechnung, ohne auf die Schwierigkeiten, die ihrer Anwendung entgegenstehen, näher einzugehen.

Ganz besonders leicht macht sich *Kautsky* die Lösung des Problems. Daß es mit der Arbeitszeitrechnung nicht gehen kann, sieht er nun endlich ein. »Statt sich an die hoffnungslose Arbeit zu machen, fließendes Wasser mit einem Sieb zu messen – und dieser Art wäre die Konstituierung des Wertes –, wird sich das proletarische Regime für die Zirkulation der Waren an das halten, was es greifbar vorfindet: ihre historisch gewordenen Preise, die heute in Gold gemessen werden, was selbst die weitestgehende Inflation nur verschleiern und verzerren, nicht aber aufheben kann. Was selbst der ungeheuerste und vollkommenste statistische Apparat nicht zu leisten vermöchte, die Schätzung der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, das finden wir in den überkommenen Preisen als Ergebnis eines langen historischen Prozesses gegeben vor, unvollkommen und ungenau, aber als einzig mögliche Grundlage für möglichst glattes und leichtes Weiterfunktionieren des ökonomischen Zirkulationsprozesses«²³. An diesen überkommenen Preisen wird zunächst nichts geändert. Doch, »wenn das gesellschaftliche Interesse es erheischt«, können »die Ziffern der Produktion und der Preise einzelner Waren« auch »abweichend von den aus der kapitalistischen Zeit überkommenen festgesetzt werden«. Das, meint Kautsky, »ist, von Fall zu Fall vorgenommen, eine weit einfachere Operation als das Berechnen der Arbeitswerte aller Waren zur Einführung des Arbeitsgeldes. Natürlich wird man dabei nicht willkürlich verfahren können«²⁴. Doch bedauerlicherweise unterläßt es Kautsky, zu zeigen, wie das anders als willkürlich geschehen könnte. Und wenn er die Beibehaltung des kapitalistischen Geldsystems empfiehlt, erklärt er, sich auf Andeutungen beschränken zu müssen und keine Geldtheorie geben zu wollen²⁵.

Man wird Kautsky nicht Unrecht tun, wenn man feststellt, daß die von ihm vorgeschlagene Lösung keiner weiteren Erörterung wert ist. Daß man auf die Dauer mit den überkommenen Preisen das Auslangen nicht finden kann, gibt er selbst zu. Er weiß jedoch nicht anzugeben, wie man die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen hätte.

Im Gegensatz zu Kautsky hält *Leichter* mit aller Strenge an dem Gedanken der Arbeitszeitrechnung fest²⁶. Es gelingt ihm unschwer zu beweisen, daß auch Marx »in diesem Wertmaß die einzige Möglichkeit für eine sozialistische Wirtschaft sieht«. Damit ist seine Aufgabe im Sinne der marxistischen Wissenschaft eigentlich gelöst; mit Genugtuung stellt er fest, daß er sich »direkt auf die Gedankenrichtung des Kapitals berufen könne« Leichter will aber noch ein Übriges tun und die Kritik zurückweisen, die an dem Gedanken der Arbeitszeitrechnung geübt wurde²⁷. Hier versagt er vollkommen.

Die Arbeitszeitrechnung ist für die Wirtschaftsrechnung ungeeignet, einmal weil es nicht möglich ist, Arbeit verschiedener Qualität auf eine Einheit zu bringen, und dann, weil sie nur

²³ Vgl. *Kautsky*, Die proletarische Revolution und ihr Programm, 2. Aufl., Berlin und Stuttgart 1922, S. 321.

²⁴ Ebendort S. 322 f.

²⁵ Ebendort S. 324.

²⁶ Vgl. *Leichter*, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft (Marxstudien, V. Bd., I. Heft, Wien 1923.)

²⁷ Ebendort S. 50.

den Produktionsfaktor Arbeit, nicht auch den Produktionsfaktor Natur in die Rechnung einstellt²⁸. Leichter will das nicht gelten lassen. Man kann, meint er, »die Wichtigkeit der verschiedenen Arbeitsverrichtungen miteinander vergleichen; man kann sehr wohl die Wichtigkeit eines Hammerführers in einer Großschmiede mit der Qualifikation eines Kesselburschen vergleichen etwa in dem Sinne, um wieviel wichtiger es ist, daß der Hammerführer zur Stelle ist oder besser ,arbeitet als der Feuerbursch oder um wieviel schwerer, anstrengender die Arbeit des Hammerführers ist«²⁹. Man kann solche Vergleiche anstellen, gewiß, doch sie werden je nach den subjektiven Anschauungen derer, die sie anstellen, zu verschiedenen Ergebnissen führen. Und was bedeutet hier »Wichtigkeit«? Soll es Wichtigkeit in bezug auf das Zustandekommen des Arbeitsergebnisses sein, dann muß man wohl auf die sophistischen Erörterungen über die Frage zurückgreifen, ob Hammer oder Nagel, ob Papier oder Stift wichtiger seien. Wichtigkeit in Bezug auf die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, d. h. den subjektiven Gebrauchswert, kann doch wohl Leichter, der sich als unbelehrbarer Anhänger der marxistischen Arbeitswertlehre erweist, nicht gemeint haben. Doch ganz abgesehen davon: welche der vier Fragen, die sich aus den Darlegungen Leichters ergeben, soll man diesen Beurteilern vorlegen? Soll die Wichtigkeit des »zur Stelle sein« oder die Wichtigkeit des »besser arbeiten« oder die Schwere der Arbeit oder die Anstrengung, die sie verursacht, verglichen werden? Oder soll man die beiden Arbeiten in hundert anderen denkbaren Beziehungen vergleichen, etwa in bezug auf ihre Gesundheitsschädlichkeit oder in bezug auf die Schwierigkeit ihrer Erlernung? Jeder dieser Vergleiche bringt doch wohl ein anderes Ergebnis und man kann doch nur *eines* dem Reduktionsschlüssel zugrunde legen. Oder sollen die Ergebnisse verschiedener Vergleiche zur Errechnung des Reduktionsschlüssels kombiniert werden?

Die Behauptung Leichters, daß der Alltag alle diese Probleme täglich löse, indem er die Löhne aller Arten von Arbeit bildet, ist ganz verfehlt. Die Lohnsätze bilden sich im Tauschverkehr des Marktes auf Grund der subjektiven Wertschätzungen, und das Problem liegt ja gerade darin, zu ergründen, ob auch in der verkehrslosen Gesellschaft die Zurückführung der verschiedenen Qualitäten von Arbeit auf einen einheitlichen Ausdruck möglich wäre. Leichter sieht in diesem Einwand nichts als »Marktfetischismus« (auf die Prägung dieses Ausdrucks ist er ganz besonders stolz)³⁰. Denn, meint er, bei den Verhandlungen, die zwischen den einzelnen Unternehmern, dem Werkstättenleiter und den einzelnen Arbeitern über den Lohnsatz für verschieden qualifizierte Arbeitsoperationen geführt werden, handelt es sich nicht »um das Marktfeilschen im gewöhnlichen Sinn. Mit dem Stand am Arbeitsmarkt, mit der jeweiligen Größe der Arbeitslosenzahl hat das Verhältnis der Entlohnung von qualifizierter und weniger qualifizierter Arbeitskraft, besonders aber das Verhältnis zwischen der Entlohnung verschiedener Professionistenkategorien oder die Entlohnung verschiedener Maschinenarbeiten derselben Professionisten fast gar nichts zu tun; also auch Angebot und Nachfrage spielen fast überhaupt keine Rolle im Sinne des sonstigen Marktverkehrs«³¹. Einen Beweis für diese Behauptung zu erbringen, unterläßt Leichter bedauerlicherweise. Man beachte übrigens, wie er seiner These durch die zweimalige Einfügung des Wörtchens »fast« jede grundsätzliche Bedeutung nimmt.

Die Quelle der Leichterschen Irrtümer ist in der Unzulänglichkeit und Unklarheit seiner Vorstellung vom Wesen des Marktes und der Marktpreisbildung zu suchen. Das Wesen des

²⁸ Vgl. meine »Gemeinwirtschaft«, a. a. O., S. 121 ff.

²⁹ Vgl. *Leichter*, a. a. O., S. 62.

³⁰ Ebendort S. 26 ff.

³¹ Ebendort S. 63.

Marktes scheint ihm in dem »Feilschen« und in der Berufung der Parteien auf Angebot und Nachfrage gelegen zu sein. Doch das Feilschen kann auch ganz fehlen; auch wo »feste Preise« bestehen, von denen »nichts abgehandelt werden kann«, spielt der Marktmechanismus wie immer, nur daß die Marktlage auf den Preis nicht auch unmittelbar durch die Verhandlungen der Parteien, sondern mittelbar durch ihr Verhalten (Ausbleiben oder Andrang der Käufer und dementsprechendes Benehmen der Verkäufer) einwirkt. Übrigens muß auch Leichter zugeben, daß bei den von ihm angeführten Lohnverhandlungen gefeilscht wird; er meint nur, es sei kein »Marktfeilschen im gewöhnlichen Sinne«. Offenbar, weil die Parteien sich dabei nicht auf Angebot und Nachfrage berufen. Doch solche Berufung kommt auch sonst nie vor; die Parteien pflegen sich auf die Gerechtigkeit ihrer Forderung, auf die Höhe der »Selbstkosten« und auf die »Notwendigkeit« der Erzielung eines gewissen Einkommens zu berufen. Aber das, was die Parteien beim Tauschakte sprechen, ist für die Erkenntnis seines Wesens ohne Bedeutung, auf ihr Verhalten und nicht auf ihre Rede kommt es an. Hätte Leichter das beachtet, dann hätte er selbst in dem Eifer seiner marxistischen Befangenheit nicht darauf verfallen können, den Einfluß der Lage des Arbeitsmarktes auf die Lohnbildung zu bestreiten. Wird eine bestimmte Arbeitergruppe schlechter entlohnt als es der Grenzproduktivität entspricht, dann muß das Abströmen von Arbeitskräften zu anderen, verhältnismäßig besser entlohnten Arbeiten bald wieder einen Ausgleich herbeiführen; und bei verhältnismäßig zu hoher Entlohnung bringt der Zuzug von Arbeitskräften die Sache wieder in Ordnung. Daß der Gewerkschaftsbureaukrat und der Betriebsrat diese Zusammenhänge nicht erkennen, kann man ohne weiteres zugeben, doch wer sich mit den ökonomischen Problemen der Lohnbildung befaßt, sollte zumindest versuchen, die Dinge weniger oberflächlich zu betrachten.

Der Versuch, den anderen gegen die Brauchbarkeit der Arbeitszeitrechnung geltend gemachten Einwand zurückzuweisen, glückt Leichter ebensowenig. Er baut seine Polemik auf einer mißverständlichen Auffassung meiner Ausführungen auf; dieses Mißverstehen enthüllt eine erstaunliche Unvertrautheit mit den elementaren Begriffen der nationalökonomischen Lehre und ist so kraß, daß man geneigt ist anzunehmen, Leichter hätte meine Worte absichtlich mißverstanden, um nur überhaupt etwas gegen sie vorbringen zu können. Ich hatte ausgeführt, daß die Wirtschaftsrechnung nicht nur die Arbeit, sondern auch die sachlichen Produktionsmittel erfassen müsse; es sei zwar wahr, daß diese, wie Marx sagt, »ohne Zutun des Menschen von Natur aus vorhanden« sind, doch wenn sie nur in einer solchen Menge vorhanden sind, daß sie Gegenstand der Bewirtschaftung werden, müßten sie auch in die Wirtschaftsrechnung eingehen³². Leichter erwidert darauf: »Mises zäumt die Frage zunächst so auf, als ob es sich um *alle* Produktionssphären handeln würde, in die neben menschlicher Arbeitskraft auch sachliche Produktionsvoraussetzungen eingehen. In dieser allgemeinen Fassung ist sein Einwand absolut unberechtigt, denn die meisten Güter sind vollständig durch die normale Kostenaufstellung in Arbeitsstunden zu erfassen. Und nur am Schluß seiner Darlegungen fügt er die allerdings entscheidende Einschränkung hinzu, daß seine Behauptung nur für den Fall einen Sinn habe, wenn es sich um Seltenheitsgüter handle, bei denen eine Bewirtschaftung notwendig ist«³³. Die »entscheidende Einschränkung«, von der Leichter spricht, ist die, daß die freien Güter – wie Luft, Wasser, Sonnenlicht – eben in die Wirtschaftsrechnung nicht eingehen, da diese nur die wirtschaftlichen Güter erfaßt, das sind die Güter, die nicht in einer praktisch unbegrenzten Menge zur Verfügung stehen, so daß man mit ihnen ökonomisch verfahren muß. Leichters Ausdruck »Seltenheitsgüter, bei denen eine Bewirtschaftung notwendig ist« und der Ausdruck »wirtschaftliche Güter« sind

³² Vgl. meine *Gemeinwirtschaft*, a. a. O., S. 122. (Auch in diesem Archiv, Bd. 47, 106 f.)

³³ Vgl. Leichter, a. a. O., S. 69 f.

gleichbedeutend. Doch Leichter stellt die ‚Sache so dar, als ob nur einige wenige Güter bewirtschaftet werden müßten; der ungenaue Ausdruck »Seltenheitsgüter«, demgegenüber der ebenso ungenaue »die meisten Güter« steht, soll den klaren und durchsichtigen Tatbestand verdunkeln. Leichter möge doch ein wirtschaftliches Gut nennen, das man nicht bewirtschaften muß!

Aber selbst im Sinne seiner eigenen konfusen Ausführungen wäre Leichter nun genötigt gewesen, zu zeigen, wie das Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung in bezug auf seine »Seltenheitsgüter« zu lösen sei. Das läßt er aber wohlweislich bleiben und begnügt sich zu sagen, die Gesellschaft wird »in ihrem Plan für die Wirtschaftstätigkeit, z. B. in Bergwerken, genau das Ausmaß des Abbaues feststellen, und sofern noch außerdem höhere Preise für diese Seltenheitsgüter notwendig sein sollten, werden sie eben dadurch zustandekommen, daß man den bei der Herstellung dieser Güter verwendeten Arbeitsstunden nicht bei der Entlohnung, sondern bei der Preisfestsetzung eine höhere Produktivkraft zuschreibt«³⁴. Nun handelt es sich aber bei unserem Problem gar nicht darum, ob die Gesellschaft die Grenzen des Abbaues festsetzt oder nicht und ob sie höhere oder niedrigere Preise verlangt, sondern darum, ob sie in der Lage sein wird, derartige Verfügungen auf *Grund der Ergebnisse einer Wirtschaftsrechnung* zu treffen. Nie ist bezweifelt worden, daß die Gesellschaft verfügen kann; ich behaupte aber, daß sie nicht rationell, d. h. nicht auf Grund einer Rechnung, vorgehen kann.

Damit ist der Kern der Ausführungen Leichters erledigt. Alles, was sein Buch sonst enthält, ist überflüssiges Beiwerk, das bestimmt ist, die Schwäche der entscheidenden Ausführungen zu verhüllen.

Den orthodoxen Marxisten ist es ebensowenig wie anderen gelungen, ein für die sozialistische Gesellschaft brauchbares System der Wirtschaftsrechnung ausfindig zu machen.

[**Quelle:** Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 51(1923)488-500; PDF-Version: www.mises.de]

³⁴ Ebendort S. 70.